

Sozialdemokratischer Pressedienst
=====

Hannover, Georgstrasse 33

III/11

Hannover, 26. Januar 48

Hannover und Frankfurt

P.R. Die Frankfurter Notlösung, eine Konstruktion der Besatzungsmächte, bringt für keine deutsche Partei in den Westzonen eine annähernd gleich starke Belastung wie für die Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien finden in ihr viele Elemente, die ihnen nach Tradition und Neigung vertraut sein müssen. Die KP empfängt ihre Befehle von anderer Seite und ist dann auch für das, was sie zu Frankfurt zu sagen hat, außer obligo. Die eigentlichen Zumutungen werden der Sozialdemokratie gestellt. Die sehr bestimmten Einwände, die jetzt gegen den vorliegenden Entwurf der Charta erhoben wurden, zeigen das besonders deutlich.

Die Sitzung in Hannover mit der Thema Frankfurt hat ununterbrochen sieben Stunden gedauert. Sie hat eine Fülle von Gedanken und Anregungen, Argumenten und Gegenargumenten, Vorschlägen und Gegenvorschlägen gebracht; sie hat auch manche Bedenken und Zweifel laut werden lassen. Aber in Rede und Widerrede wurde eine Klärung erzielt und angesichts des Gewichtes dieser Diskussion kann man nicht einmal sagen, daß die aufgewandte Zeit das Maß des Notwendigen überschritt.

Über das Materielle der schließlich festgelegten Stellungnahme sagt die parteiamtliche Verlautbarung alles Wesentliche aus. Was uns hier einer näheren Betrachtung wert zu sein scheint, ist die Art, in der die gemeinsame Ansicht gefunden, man kann auch sagen, erstritten wurde, soweit sie nicht schon vorhanden war. Es ist kein Geheimnis, daß die innen- und außenpolitischen Gegner der SPD immer wieder mit dem Wort von dem "persönlichen Regiment Kurt Schumachers" oder einer "Diktatur Hannovers" operieren. In Grunde ist diese Behauptung nur die Reaktion auf die für diese Kreise unangenehme Tatsache, daß es in der SPD auch in so diffizilen Fragen immer wieder zur Einigung kommt, an denen die Einigkeit anderer Parteien längst zerbrochen wäre oder zerbrochen ist, wie gerade in diesen letzten Wochen bei der CDU und NLP. Besonders unangenehm wird dabei empfunden, daß die Homogenität in der sozialdemokratischen Parteileitung (und nicht nur im Parteivorstand) recht und nicht erzwungen ist. Sie ist das Ergebnis einer weit ebendort herrschenden Übereinstimmung, einer gleichen Art, die Dinge zu sehen, aber nicht die Folge eines Befehls. Um über einige Punkte der Frankfurter Charta die Äußerungen Kurt Schumachers entgegenzunehmen, brauchte man keine sieben Stunden. Er hat also, für jeden sichtbar, eine ganze Reihe von Auffassungsunterschieden gegeben, die sich auf Einzelheiten in dieser oder jener Frage bezogen und die sich zum Teil auch aus der unbequemen Tatsache der räumlichen Entfernungen zwischen Hannover und Frankfurt ergaben. Diese Auffassungsunterschiede wurden ohne Schonung irgend einer persönlichen Autorität ausgetragen und bildeten dann die Grundlage einer schließlichen echten Harmonie.

Diese Übereinstimmung besteht auch in der Frage der Mitarbeit der SPD in den Direktorien. Die Situation ist in dieser Hinsicht, wie in letzter Zeit übrigens mehrfach gesagt, unverändert. Das Verhalten der CDU in der Zeit ihrer alleinigen Verantwortung für die westdeutsche Wirtschaftsführung - soweit sie deutsche Stellen überhaupt tragen - ist nach Auffassung der SPD nicht derart gewesen, daß eine Zusammenarbeit mit ihr Aussicht auf Erfolg verspricht. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte, die den Kurs der CDU in Wahrheit bestimmen, sind in der Atmosphäre der kaum behinderten eigenen Bewegungsfreiheit, wie sie seit der Übernahme aller Direktorenposten durch CDU-Vertreter entstand, immer deutlicher in Erscheinung getreten. Daß die SPD trotz ihrer grundsätzlichen Oppositionsstellung von Fall zu Fall zu praktischer Mitarbeit bereit ist und sich nicht einfach im Neinsagen erschöpft, haben eine Reihe von Entscheidungen des Wirtschaftsrates gezeigt.

Mit der Tagung vom 25. Januar 1948 hat die SPD einen neuen Beweis dafür erbracht, daß sie unter den politischen Kräften, über die Deutschland heute verfügt, diejenige ist, die auf der Basis einer vollkommen unbehinderten internen Meinungsbildung zu der weitaus größten inneren Geschlossenheit gelangt ist. Wenn aber unter diktatorischen Parteiregime klares Handeln nach gemeinsamen Grundeinstimmungen und nach einem vorangegangenen vollkommen offenen Meinungsaustausch über Einzelheiten verstanden wird, dann wird sich die SPD diesen Vorwurf auch künftig gern gefallen lassen.

Französische Nachwahlen

A.F. Paris, Ende Januar

In der zweiten Januarhälfte fanden in Frankreich einige lokale Nachwahlen in Gemeinde- und Bezirksverordneten statt. In Anbetracht der innenpolitischen Spannungen warfen sie zu einer Kraftprobe zwischen den Kommunisten, den Gaullisten und der hauptsächlich aus Sozialisten und Volksrepublikanern gebildeten "Dritten Kraft", auf die sich die Regierung Schumann stützt.

Es ist klar, daß lokale Nachwahlen kein allgemein gültiges Bild vermitteln können. Man muß aber berücksichtigen, daß die Regierungsparteien stark belastet durch die recht unpopuläre Finanz- und Steuerpolitik in den Wahlkampf zogen und daß natürlich die beiden Extreme keine Gelegenheit versäumten, um den Unwillen der Bevölkerung gegen die neue Zwangsanleihe zu ihren Gunsten auszunützen. Trotzdem ist es den Parteien der "Dritten Kraft" bei allen Nachwahlen gelungen, ihre Stellungen überall leicht oder bedeutend zu verbessern. Von einem überwältigenden Sieg der "Dritten Kraft" kann nicht die Rede sein, es wurde aber der Beweis geliefert, daß eine demokratisch-soziale Mittelbewegung durchaus in der Lage ist, den beiden Extremen Stimmen zu entziehen.

Die Kommunisten haben sich in dem Pariser Vorort Malakoff, der schon vor dem Kriege einer ihrer wichtigsten Hochburgen war, gut gehalten. Dagegen habe sie in den ländlichen Wahlkreisen weitere Verluste hinnehmen müssen.

Trotz der Unzufriedenheit der Mittelklassen vermochte die gaullistische Bewegung keinen neuen Anhänger zu gewinnen. Sie scheint bei den letzten Gemeindevahlen im Oktober 47 ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Ein Teil ihrer Wähler dürfte inzwischen schon bedauert haben, aus Un-

Kaschmir und die Kuh
Von O.F. Keller, London

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhandelt über die Kaschmir-Frage, und auf der Halbinsel Vorderindien leben rund 220 Millionen Kühe. Diese Nebeneinanderstellung sieht auf den ersten Blick erkwürdig aus. Aber zwischen den zwei hier vermeldeten Tatsachen besteht ein ursächlicher Zusammenhang. Hinter dem Kaschmir-Konflikt steckt nämlich der Konflikt zwischen Hindu und Moslem, der u.a. auch darin besteht, daß der Hindu die Kuh anbetet und der Moslem sie aufessen will.

Irgendwann, vor langer, langer Zeit scheint ein sehr alter und weiser Hindu auf die Idee gekommen zu sein, daß der Rindviehbestand Indiens bebten durch ein Schlachtverbot in Form einer Heiligsprechung der Kuh gehoben werden könnte. Mit dem Ergebnis, daß die Kühe nicht nur im Vorgarten des Grand Hotel zu Kalkutta grasen, sondern sich ungehindert auch an der jungen Saat auf den Feldern laben und dem Zwergbauern im Getreide um sein Gemüse wegfressen. Selbst in der Hungersnot, die draus, jährlich immer wieder den einen oder anderen Landstrich der Halbinsel befällt, sterben die Hindu lieber zu Zehntausenden, ehe sie zugeben, daß ein Teil der Kühe geschlachtet wird.

Kaschmir, im äußersten Norden der Halbinsel gelegen, grenzt bereits an Tibet und ist einer von den "unabhängigen" Fürstenstaaten. Hari Singh, der Maharadschah, ist selbst ein Hindu und hat, obgleich 80 Prozent seiner Untertanen Moslem sind und ihn hassen, und obgleich die Wirtschaft des Landes bessere und mehr Zusammenhänge mit Pakistan hat, den Anschluß an Indien erklärt. Er kam zu einer Revolte, zu Einfällen der wilden Pathan-Kämme aus den Nordwest-Provinzen, die sich mit dem Maharadschahs Untertanen verbündeten. Der Herrscher mußte fliehen, er rief indische Truppen um Hilfe, die zunächst auch Erfolg hatten und die Hauptstadt Srinagar von den Eindringlingen befreiten. Die kamen aber vor etwa einem Monat wieder, und diesmal in größerer Zahl und besser bewaffnet.

Um den Hintergrund der wirklich tragischen Situation zu verstehen, muß man wissen, daß die durch die Teilung des Pandschab zwischen Indien und Pakistan verursachten Massaker in dieser Gegend erst ein Ende nahmen, als alle Sikhs und fast alle Moslem sich gegenseitig ausgerottet hatten. Diese Massenschlächtereien aber sind nichts als ein Ausdruck der Tatsache, daß Indien keineswegs so unerschütterlich einig ist, wie Nehru einmal wähnte, ja, daß es in der Tat zwei Indien gibt - oder mindestens drei.

Das eine ist die uralte, kulturelle Einheit Indien, die bis zum Zufall der Mohamedaner aus dem Norden bestand und in der das einigende Element die allumfassende Hindu-Religion war. Das zweite ist die viel jüngere politische Einheit Indien, die unter den islamitischen Herrschern der Mogul-Dynastie zu Beginn des sechzehnten Jahrhunderts zu Stande kam. Diese politische Einheit hat die erste, kulturelle Einheit überlebt, da noch nennenswerte Teile der Bevölkerung teils mit, teils ohne Zwang zum Islam bekehrt wurden. Unter dem Vorstoß des britischen Imperialismus ist auch dieses zweite Indien längst zerbrochen und seither gibt es kein einheitliches Indien mehr gegeben. Aber die

Tatsache, dass nicht ein einzelner Indien bestand, ist heute noch auf Schritt und Tritt zu spüren.

Die Idee eines weltlichen, nationalen Indien, das Hindu und Moslem als gleichberechtigte Bürger beherbergt, ist keine hundert Jahre alt. Sie kommt von den freiheitlich-demokratischen und weltlich-nationalen Vorstellungen des Westens her und wird vor allem von dem 1885 gegründeten Kongress vertreten. Die Kongressmitglieder, die nach westlichen Muster verschiedene Parteien gebildet haben, sind hauptsächlich Bürgerliche und Intellektuelle. Ihnen, die von sich behaupten, über den Religionen zu stehen, fiel es verhältnismäßig leicht, sich von den im Hinduismus verankerten Kastenscheidungen frei zu machen. Für die Millionen von analphabetischen Dorfbewohnern aber, die in der Tradition ihrer Väter herangewachsen sind, ist das nicht so einfach, und es wird sicherlich einer viele Jahrzehnte währenden intensiven Bildungsarbeit bedürfen, da etwas Licht in dieses Dunkel zu bringen.

Die Moslem standen den Bestrebungen des Kongresses wegen seiner Hindu-Mehrheit von allem Anfang an misstrauisch gegenüber. Dieses Misstrauen ist durch das Eintreten des Hindu-Heiligen Gandhi für die politischen Ziele des Kongresses verstärkt worden. Aber Gandhi kann schwerlich als Politiker im westlichen Sinne aufgefasst werden, er ist weit mehr ein religiöser Mystiker. Und der Kongress hat durch ihn zwar seinen Zweck erreicht und seine Anhängerschaft unter den Massen des indischen Volkes stark vergrößert; aber er hat das weit mehr dem religiösen Mystizismus Gandhis, als den vom Kongress selbst vertretenen westlich-demokratischen Ideen zu verdanken.

Auch hier haben also, wie schon so oft in der Geschichte, die Mittel den Zweck erschlagen. Deshalb kann sich der Kongresspolitiker den Standpunkt "Religion ist Privatsache", zwar für seine eigene Person und unter seinegleichen, nicht aber in indischen Dorf leisten. Da muss er Farbe bekennen, da muss er u.a. erklären, wie er zur Heiligkeit der Kuh steht. Heiligkeit der Kuh bedeutet aber, dass die Hindu den Moslem das Schlachten und Essen von Hinduvieh verbieten können. Damit sind jedoch die Moslem nicht einverstanden, und das ist in vollem Ernst eine der wichtigsten Ursachen, die zur Teilung Indiens, zur Gründung von Pakistan und zu den heutigen Konflikten zwischen den beiden Domänen geführt hat.

Namensliste der Agenten "M"

In Zusammenhang mit der Aufdeckung des kommunistischen Protokolls "M" erfahren wir, dass sich die Namen und Adressen einer größeren Anzahl von geheimen Agenten der SED im Besitz des sozialdemokratischen Parteivorstandes befinden. Diese Agenten sind von der SED teils als "Führer", teils als "Kuriere", teils als Spitzel für russische Dienststellen in den Westzonen periodisch oder ständig tätig. (Bl/261/he)

ODU-Landessekretär ausgeschieden

Der Landessekretär Stehle der ODU in Tübingen ist aus seiner bisherigen Tätigkeit ausgeschieden. (Bl/261/he)

Spannungen im Weltgewerkschaftsbund

A.F. Paris, Ende Jan.

Der Weltgewerkschaftsbund, dessen Generalsekretariat sich in Paris befindet, gibt halbmonatlich ein Mitteilungsblatt heraus, das ausschließlich der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Mitgliedsländern gewidmet sein sollte. In der letzten Nummer (No 24) wird jedoch über ein Mittel des verfügbaren Raumes einer Beschreibung der jüngsten Währungsreform in der Sowjetunion gewidmet, also einem Thema, das mit dem Gewerkschaftsleben nur sehr unmittelbar in Berührung steht. Man vermag sich mit dem Eindruck zu erwehren, daß hier die Absicht bestand, das Mitteilungsblatt des Weltgewerkschaftsbundes in den Dienst der kommunistisch-marxistischen Propaganda zu stellen.

Man rechnet übrigens in gut unterrichteten Kreisen mit einer bevorstehenden Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes. Sowohl der amerikanische C.I.O. wie die englischen Trade-Unions mißbilligten die Ablehnung des Marshall-Planes durch die kommunistische Mehrheit des Weltgewerkschaftsbundes. Sie werden hierbei durch die belgischen, holländischen und skandinavischen Gewerkschaftsverbände unterstützt. Eine zweite, im kommunistischen Sinne unlösbare Frage ist die Zulassung zum Weltgewerkschaftsbund der neuen, französischen Gewerkschaftsbewegung "Force Ouvrière", die ungesagt durch eine Spaltung der Einheitsgewerkschaft entstanden ist.

Falschmünzer ADN

Am 12. Januar gab der Generalsekretär des Süddeutschen Länderrates, Erich Rossmann, dem Frankfurter Korrespondenten der ADN (Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur, russisch lizenziert) Gerst, auf dessen Wunsch ein Interview zur Frankfurter Konferenz. Darin sagte Rossmann u.a.: „daß er die Hoffnung auf die Errichtung eines gesamtdeutschen Staates nicht aufgegeben habe. Seine stark beachtete Rede vor dem Länderrat in Stuttgart und eine anschließende Ansprache im Rundfunk habe mehr als tausend Zustimmungskundgebungen aus allen Kreisen der Bevölkerung gebracht. Er habe auch den Eindruck, daß solche Kundgebungen geeignet seien, das Wissen derer zu schärfen, die an den Beratungen und Arbeiten der bizonalen Institutionen beteiligt sind“.

In dieser Form wurde das Interview von Gerst, wie er selbst nachgelesen hat, an die Zentrale der ADN nach Berlin weitergegeben. Die ADN, die das Interview in dieser Form nicht ins politische Konzept paßte, ließ das unterstrichene Wort "nicht" weg und stellte aus dem ebenfalls unterstrichenen Wort "geeignet" durch Versetzen der Vorsilbe "un" das absolute Gegenteil her. In der "korrigierten" Form ging das Interview dann an die D-Press.

Das Interview wurde also nicht entstellt, durch sonst übliche Tricks rechtfrisirt oder durch Streichungen des logischen Zusammenhanges entleert - Methoden, die man von der SED-Publizistik bisher gewohnt war. Das Interview wurde ganz einfach gefälscht. Lessing nannte die Methoden des Falschspielers "corriger la fortune"; wir können in diesem Fall - was weniger zart besaitet als Lessing - von einem glatten Betrug sprechen.

(B79/261/ha)